

Bürger fordern Weichenstellung von Politik

Rund 30 Betroffene diskutieren mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Beckmeyer über Bahnlärm

Der Petitionsausschuss des Bundestages hat sich in Walle angesagt: Am 6. Februar wollen sich Abgeordnete ein Bild davon machen, wie stark das Quartier von der Bahn belastet ist. In Findorff war der SPD-Bundesabgeordnete Uwe Beckmeyer zu Gast beim Ortsverein seiner Partei.

Von Anke Velten Weidedamm. Zum Thema "Die Bahn kommt - bitte leise!" hatte der SPD-Ortsverein Findorff ins Findorffer Jugendfreizeitheim eingeladen. Rund 30 Bürgerinnen und Bürger diskutierten darüber mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Beckmeyer, der Mitglied der Parlamentsgruppe Schienenverkehr ist. Fazit: Theoretisch gäbe es viele Möglichkeiten, den Bahnlärm deutlich zu reduzieren. Doch ohne den politischen Willen und die klare Unterstützung der Verantwortlichen in Bremen und in Berlin sind sie nicht durchzusetzen.

Wenn der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven anläuft, werden das auch die Bremer zu spüren bekommen. Der Güterverkehr auf den Schienen der Stadt wird deutlich steigen - tagsüber und vor allem nachts. Als "Harmonisierung des Bahnlärms" habe das ein Vertreter der Deutschen Bahn einmal bezeichnet, sagte Siegfried Wegner-Kärsten, Mitglied des Beirats Mitte. Für die Anwohner in Hörweite der Bahnleise seien die Planungen eine "ziemliche Katastrophe", befand der Beiratspolitiker der "Piraten". Es hängt am Grundstück In Bezug auf Lärmschutzmaßnahmen ginge es nicht nur um die etwa 500 Meter, um die die sogenannte Oldenburger Kurve ausgebaut würde. Sondern vor allem darum, "was passiert davor und dahinter?", fragte sich Wegner-Kärsten. Wenn der gesamte Güterverkehr über das Gleis 1 durch den Hauptbahnhof geleitet würde, hieße das, dass "alle drei bis vier Minuten ein bis zu 700 Meter langer Zug durch den Bahnhof fährt." Und er erinnerte daran, dass die Bahn mit dem Bau erst beginnen kann, wenn die Stadt ihr ein Grundstück überlässt. Der Beirat Mitte werde dem Verkauf nicht zustimmen, kündigte Wegner-Kärsten an. Er forderte: "Die Bürgerschaftsabgeordneten müssen endlich Flagge zeigen."

Einen kleinen Erfolg konnte die Bahnlärminitiative Bremen (BIB) kurz vor Weihnachten verbuchen. Im Planfeststellungsbescheid für den Bau des Gleis 1 wurden diverse Lärmschutzmaßnahmen zugesagt, "um den Anwohnern entgegenzukommen", so wörtlich. Dementsprechend werden im Bereich Roon- und Manteuffelstraße Schienenstegdämpfer eingebaut. Davon abgesehen hätten die Lärmschutz-Engagierten jedoch den Eindruck eines "Pingpong-Spiels", kritisierte BIB-Vertreterin Angelina Sörgel.

"Uns eint der Kampf gegen den Bahnlärm", sicherte Uwe Beckmeyer den Anwesenden zu. Lärm sei "eines der meist unterschätzten Umweltprobleme". Aus seiner Sicht sei dem Problem nicht mit Schallschutzfenstern und -wänden beizukommen. Der Lärm müsse vielmehr an seiner Quelle bekämpft werden. Darum müsse eine Technik eingefordert werden, die leiser ist: mit modernen Zügen und einer besseren Schienenpflege. Im Falle Bremens sollten nach Beckmeyers Vorstellung alternative Trassen geprüft werden, die einen Teil des Verkehrs aus der Stadt heraushalten. Die hohen Investitionskosten für solche Maßnahmen könnten über ein "integratives Finanzierungskonzept" erwirtschaftet werden, etwa durch eine LKW-Maut, auch auf Landesstraßen.

Im Engagement für den Lärmschutz sehe er in der Bundesregierung "viel Murks", aber wenig Initiative, sagte er. Die SPD-Opposition halte das Thema aber auf der Tagesordnung, versprach Beckmeyer. Lärm sei nicht nur nachweislich ein gesundheitliches, sondern auch ein soziales Problem.

"Wer Kohle hat, zieht weg", bestätigte ein Anwohner aus Walle. "Die Gebiete siechen dahin." Unter den betroffenen Bürgern habe sich ein "Ohnmachtsgefühl" ausgebreitet. Vor Jahren habe die Stadt den Bewohnern Hoffnung auf Unterstützung gemacht, berichtete er. Die seinerzeit zugesagten zwei Millionen Euro für die "Behebung städtebaulicher Missstände" seien auf 300000 Euro eingedampft worden. "Ich bin stinksauer", schimpfte der Waller.

Dass in Zukunft 280 Züge pro Tag an seinem Haus vorbeifahren werden, motivierte einen Anwohner der Roonstraße zum Wortbeitrag: Die Bahn habe 157 Einwendungen gegen ihre Pläne "abgewimmelt". Er bat Beckmeyer: "Machen Sie sich dafür stark, dass die Stadt klagt." Auch wenn die Aussichten auf Erfolg einer solchen Klage nicht groß seien: "Sie wäre ein Politikum, mit dem die Stadt Bremen Justizgeschichte schreiben könnte." Ob eine Klage der "goldene Lösungsweg" sei, bezweifelte Arno Gottschalk, umweltpolitischer Sprecher der Bremer SPD-Fraktion. "Es ist keine rechtliche Frage, sondern eine politische."